

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

im Sommer 2006 hat diese Hamburgische Bürgerschaft mit den Stimmen der CDU und gegen die Stimmen von SPD und GAL die Einführung von Studiengebühren beschlossen. Studiengebühren sind sozial ungerecht und bildungspolitisch der falsche Weg.

Die Abgeordneten der GAL haben damals mit uns gegen diese fatale Entwicklung gestimmt. Dass war richtig.

Wir waren uns in vielen Dingen einig, warum die Einführung von Studiengebühren falsch ist. Wir haben hier in der Bürgerschaft und in den Ausschusssitzungen erbittert gegen die Einführung gekämpft.

Auch im Hamburger Wahlkampf haben Studiengebühren eine große Rolle gespielt. Viele Wählerstimmen, die wir von Hamburger Bürgerinnen und Bürgern bei der Wahl, die ja nur gut einen Monat zurückliegt bekommen haben, waren konkrete Stimmen für mehr soziale Gerechtigkeit.

Stimmen von Hamburgerinnen und Hamburgern, die eine Stadt mit besseren Chancen für Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien wollen. Bürgerinnen und Bürger, die wissen, dass die mit Studiengebühren verbundene Begrenzung des Zugangs zu den Hochschulen falsch ist.

Aber auch junge Menschen, die Sorge haben, dass die zusätzlichen finanziellen Belastungen ihnen neben der Sicherung des Lebensunterhalts endgültig das Studium erschweren oder gar unmöglich machen.

Diese Wählerinnen und Wähler haben mit der Wahl die Hoffnung verbunden, dass hier die Weichen neu gestellt werden, umgestellt werden für ein soziales Hamburg.

Wir wollen heute eine Zustimmung zu unserem Antrag auf Abschaffung von Studiengebühren. Es gibt eine Mehrheit nicht nur in Hamburg sondern auch hier in der Bürgerschaft gegen Studiengebühren, sie muss heute genutzt werden.

Unsere Argumente gegen Studiengebühren, die SPD und GAL hier in der letzten Legislaturperiode eingebracht haben, waren richtig und sind immer noch richtig und die Gegenargumente nicht haltbar.

Da behaupten einige nach wie vor, dass Studiengebühren gar keine abschreckende Wirkung hätten

Die BAföG Reform der Rot-Grünen Bundesregierung Ende der 90-er Jahre hat doch sehr klar gezeigt, dass finanzielle Entlastungen zu mehr Studierenden führen. Mehr Jugendliche haben dadurch einen Anspruch auf BAföG erhalten und es stieg die Zahl der Studierenden, es änderte sich die Sozialstruktur. Es studieren jetzt mehr Kinder aus sozial schwachen Familien.

Es ist nicht zu bestreiten: Finanzielle Entlastungen steigern die Zahl der Studierenden aus einkommensschwachen Haushalten, finanzielle Belastungen schrecken vom Studium ab. Daher ist es richtig, Studiengebühren wieder abzuschaffen, wie es unser Antrag fordert.

Besonders zynisch ist das Argument, Studiengebühren stellen keine soziale Hürde dar, weil bereits in der Schule Kindern aus sozial schwächeren Familien der Bildungsaufstieg unmöglich gemacht wird.

Besonders zynisch ist es, wenn es von der CDU gebraucht wird, die ja in den vergangenen Jahren durch große Klassen und zusätzliche Bildungsgebühren einiges getan hat, was die soziale Spaltung verstärkt und die Durchlässigkeit erschwert hat.

Unser Ziel sind gleiche Chancen beim Zugang zu Bildungseinrichtungen.

Die erfolgreichen Bafög-Reformen werden jedoch durch die Einführung von Studiengebühren in den CDU regierten Bundesländern konterkariert. Es waren SPD und Grüne im Bund, deren Bafög Novelle Chancen eröffnet hat, da kann es doch nicht ernsthaft passieren, dass Grüne die Türen, die wir gemeinsam im Bund für viele Jugendliche geöffnet haben, in den Ländern unter ihrer Beteiligung wieder schließen.

Auch spukt das Gespenst der nachgelagerten Studiengebühren wieder durch die Debatte, nach Zeitungsberichten habe die GAL deren Einführung bereits abgenickt. Auch hier sind unsere gemeinsamen Argumente von vor der Wahl genauso richtig, wie nach der Wahl:

Die Perspektive einer hohen Verschuldung schreckt Kinder und Jugendliche aus nicht so wohlhabenden Verhältnissen ab. In Familien, in denen niemand studiert hat, ist die Entscheidung, ob sich das Studium auch finanziell lohnt, doch gar nicht zu ermesen.

Es gibt doch im familiären Umfeld oft überhaupt niemanden, der diesen Weg gegangen ist, der Auskunft geben kann oder sogar ein Vorbild ist. Daher werden auch nachgelagerte Studiengebühren einen hohen Abschreckungseffekt haben auf diejenigen, deren Lebensphilosophie es ist, sich nicht zu verschulden und mit dem hart erarbeiteten Einkommen auszukommen.

Mit der Lebenshaltung des „Schulden macht man nicht“ ist die Perspektive von 17.000 Euro Schulden nach einem Studium ein klarer Grund, sich gegen die Universität und für eine duale Berufsausbildung zu entscheiden.

Die CDU ist ja bekanntermaßen sozialen Argumenten wenig zugänglich. In den letzten Tagen und Wochen mussten wir auch lernen, dass die CDU auch auf ökonomische Argumente zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamburg nicht mehr hört, anders sind ihre energiepolitischen Spielereien oder Überlegungen, die Elbvertiefung in Frage zu stellen nicht zu bewerten.

Aber auch das ökonomische Argument gegen die Einführung von Studiengebühren ist nach der Wahl genauso richtig wie vor der Wahl: Wir brauchen in Deutschland mehr Studierende: 50% studieren im OECD Durchschnitt, nur 36% in Deutschland. Die Klagen der Wirtschaft über den Fachkräftemangel sind doch seit Jahren nicht zu überhören. Außerdem muss Hamburg im Wettbewerb um kluge Köpfe mithalten. Auch deshalb sind Studiengebühren ein schwerer Fehler.

Über eines darf doch auch überhaupt keinen Zweifel geben: Es wird nicht bei 500 Euro Semestergebühr bleiben. In Wahrheit sind doch mit der Einführung von Studiengebühren die Weichen für eine grundlegend andere Hochschullandschaft

gestellt worden. Die weiteren Perspektiven sind doch höhere Studiengebühren, Hochschulen, die selbst über die Gebührenhöhe entscheiden und sich auch die Studierenden selbst aussuchen. Das soll sich niemand etwas vor machen. Und auch deshalb gehören Studiengebühren rechtzeitig wieder abgeschafft um schnell dieser gravierenden Fehlentwicklung entgegenzutreten. Stimmen sie auch deshalb unserem Antrag auf Abschaffung der Studiengebühren zu.

Die CDU ist mit ihren eigenen Plänen gescheitert. Es gibt die von ihnen und ihrem Wissenschaftssenator Dräger versprochenen Stipendiensysteme nicht, weil der Sozialstaat in Deutschland eben ein anderer ist als der in den USA.

Es gibt nun auch diesen Wissenschaftssenator des CDU-Senates nicht mehr, der ja nicht nur dieses Versprechen nicht einhalten konnte, sondern dessen gesamte Hochschulpolitik so katastrophal war, dass er in der Beurteilung der bundesdeutschen Wissenschaftssenatoren durch den Deutschen Hochschulverband mal wieder auf dem letzten Platz landete, zum dritten Mal in Folge. Sein Scheitern hat er dann konsequenterweise mit einem Rückzug aus der Politik beantwortet. Nutzen wir heute die Gelegenheit, der personellen Konsequenz die inhaltliche folgen zu lassen. Schaffen wir die Studiengebühren ab und korrigieren wir heute eine der schlimmsten Entscheidungen des CDU Senates.

Nun haben wir gehört, dass unser Antrag in den Verfassungsausschuss überwiesen werden soll. Das verstehen wir seitens der GAL nicht.

Wir haben uns da an das Jahr 1997 zurückerinnert. Seitdem kennen wir den Begriff des „Fensters“ gut, er meint nämlich parlamentarische Meinungs- und Mehrheitsbildung vor der Festlegung durch eine Koalition.

Sie haben im Jahr 1997 das Fenster genutzt, um vor dem Abschluss von Koalitionsverhandlungen mit der SPD gemeinsam mit der CDU eine Reform der Bezirksverwaltung durchzusetzen. Alles spricht dafür, dieses Fenster auch heute zu nutzen. Stimmen sie unserem Antrag zu.

Auf einen Schlag würden wir mehr soziale Gerechtigkeit schaffen, konkret die Lebensbedingungen und die Perspektiven vieler junger Menschen verbessern, die auch sie mit großen Hoffnungen gewählt haben, und sie können hier und heute eines ihrer Wahlversprechen einlösen.

Im Übrigen wären sie auf einen Schlag einen Streitpunkt in den Koalitionsverhandlungen los. Sie werden doch sicher auch der Meinung sein, dass die Belastung durch Studiengebühren eine viel wichtigere Frage ist als die damalige Entscheidung über die Reform der Bezirksverwaltung.

Stimmen wir gemeinsam heute für die Abschaffung von Studiengebühren. Erfüllen wir unsere Wahlversprechen. Sorgen wir dafür, dass mehr Menschen ein Studium beginnen können und entlasten wir diejenigen, die schon studieren. Tun wir jetzt gemeinsam etwas für soziale Gerechtigkeit.